

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genosschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnement für den Monat (bei Haus 2 RM, halbm. monatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 1,20 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Arbeiterstimme, Dresden-11, Geschäftsstelle und Expedition: Hauptbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Nr. 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Verlag, Dresden-11, Gürtelhofstr. 2 / Fernspr.: Altm. Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sperrstunden der Geschäftsleitung: Wochentags nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neu mal getragene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Kleinganzeile anschließend an den dreigelagerten Zeitungszeitel 1,25 RM, Anzeigen-Nachnahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-11, Gürtelhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Dresden, Dienstag den 16. Februar 1926 Nummer 39

Eine Aktion gegen den Volksentscheid

Hermann Fleißners Kampf gegen die KPD.

Geid doch vernünftig!

Der linke sozialdemokratische Hermann Fleißner vertritt in der „Dresdner Volkszeitung“ einen geistigen Kampf gegen angebliche Quertreibereien der sozialdemokratischen Partei beim Volksentscheid. In der letzten Nummer wendet er sich gegen Angriffe der „KPD“, die diese gegen die sozialdemokratischen Arbeiter gerichtet hat, weil ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter dabei ist, die Aktion des Volksentscheids zu durchzuführen, um dem bürgerlichen Kompromisskurs zur Durchführung zu verhelfen. Die Arbeiter der Arbeiterklasse durch die „KPD“ ist die sozialdemokratische Partei auf die Kerben gefallen. Sie sehen ihre Interessen nicht geschützt und beschleunigter eilen nach rechts in die Arme der SPD, zur Hilfe.

Erklärung, daß sie durch ein Mißtrauensvotum Luther über den Hüften werfen wird, die Verabschiedung des Kompromißvorschlages verhindern und die bürgerlichen Parteien zwingen, den Kompromißvorschlag zurückzustellen, bis der Volksentscheid entschieden ist. Das wäre die einzig wirkliche Möglichkeit, die Massen in stärkster Nähe für die Enteignung der Fürsten mobil zu machen. Die Zustimmungskaktion der Sozialdemokraten zum Kompromißvorschlag ist für die Arbeiter der Arbeiterklasse ein großes Geschick gegen die sozialdemokratische Partei. So leidet die sozialdemokratische Partei praktisch hinfällig für die Entschädigung der Fürsten, und gegen diese Maßnahmen hat die Kommunistische Partei mit Entschiedenheit gewandt. Wenn dabei Hermann Fleißner mit der gesamten sozialdemokratischen Parteipresse ein großes Geschick gegen die Kommunisten ankündigt, dann nur deswegen, weil auch die linken Sozialdemokraten eine entschlossene Durchführung der Enteignungskaktion nicht wollen, weil sie eine Radikalisierung der Arbeiter befürchten. Die Arbeiter dürfen sich durch die Scheinmanöver der Sozialdemokraten nicht täuschen lassen, sondern müssen erst recht durch die Bildung von Einheitskomitees in Betrieben und Werkstätten den Volksentscheid zur Durchführung bringen.

Der amerikanische Unternehmer weiß und erkennt es auch an, daß hohe Löhne die Voraussetzung für eine Blüte der Wirtschaft sind. Es beruht dort die Wohlstandswirtschaft auf der Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft, die Kaufkraft vermindern und technische Entwicklung hemmen. Wenn diese Erkenntnis in Deutschland durchdrungen wäre, dann wären wir weiter. Aber so weit geht die Weisheit der deutschen Wirtschaftsführer nicht. (Fritz Larnow vor den Hamburger Gewerkschaftsvorständen)

Fleißner erklärt, daß die Behauptungen der „KPD“ nicht wahr sind. Sie entbehren jeder Unterlage, und die Arbeiter einer beiläufigen, auch nach der Meinung der Arbeiter, verdrängten Bemerkung des Sozialdemokraten Landberg im Reichstagsauschluß des Reichstages, Fleißner, eine wütende Attacke gegen die Kommunisten, beschränkt über wahlweislich die Ausführungen Landbergs, „daß der Vorwärts“ auf Grund der Mitteilungen der „KPD“ selbst zugelassen müßte. Was erklärte Landberg im Reichstagsauschluß? Nicht mehr und nicht weniger, als daß die Sozialdemokraten bereit seien, dem Kompromißvorschlag zuzustimmen und daß dann die Möglichkeit bestehe, den Volksentscheid nicht im Reichstagsauschluß, sondern durchzuführen. Das ist die glatte Sabotage des Volksentscheids und die bewusste Absicht, die gemeinsamen Aktion zu durchkreuzen. Das kann durch alle Schreie Hermann Fleißners nicht abgeleugnet werden. Daß Fleißner diese Ausführungen Landbergs in der „KPD“ verheimlicht, zeigt nur, daß auch die Arbeiter bereit sind, die Volksentscheidaktion zu durchkreuzen. Die Begründung, die nicht nur Fleißner, sondern die gesamte sozialdemokratische Presse für eine Mitarbeit am Kompromißvorschlag des Bürgerturns macht, ist vollständig überflüssig.

Noch selten ist so eindringlich an das Gewicht des Dimmes, die göttliche Vernunft appelliert worden, wie jetzt der gegenwärtigen Wirtschaftskrise von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern an die Vernunft der deutschen Kapitalistenklasse. Mit einer geradezu bewunderungswürdigen Fähigkeit predigen sie dem deutschen Unternehmertum den „einzigen Rettungsweg“. Ihr erster und wichtigster Programmpunkt ist hoher Lohn. Doch die deutschen Unternehmer, unverzüglich wie sie sind, wollen partout nicht „gerettet“ sein. Anstatt auf dem Wege der hohen Löhne den Umsatz zu steigern, schlagen sie der reformistischen „Vernunft“ geradezu ins Gesicht und bauen sogar die Löhne ab.

Ablenkungsmanöver

Wohl selten ist so eindringlich an das Gewicht des Dimmes...

Wir berichteten gestern, daß am vergangenen Sonnabend die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Stoedter und Wänzenberg gemeinsam mit dem Vorstehen des Ausschusses zur Durchführung des Volksentscheids Dr. Kuczynski bei dem Reichsinnenminister Dr. Käß vorstellig geworden sind, und die beschleunigte Durchführung des Volksentscheids verlangt haben. Wir brachten dabei die Mitteilung, daß Käß erklärt habe, daß die Voten in der Zeit vom 4. bis 17. März ausgespielt werden. Die SPD-Presse, darunter auch die „Dresdner Volkszeitung“, die in der Volksentscheidbewegung bisher am Schwünge marschierte, glaubt der Mitteilung der Kommunisten und ihrer entschlossenen Haltung in der Frage der Enteignung des Fürstentums den gemeinsamen Anwalt zu machen, für die KPD. Handelt es sich hier weniger um die Sache, als um ihr besonderes Parteiinteresse. In der Mitteilung von dem Stützpunkt des Volksbegehrens am 4. bis 17. März erklärt gestern die „Dresdner Volkszeitung“, daß die Kommunisten aus diesem Bedürfnis heraus am Sonnabend beim Reichsinnenminister vorstellig geworden wären. Da die Sozialdemokratie aber nicht von dem „kleinen, reaktionell-süchtigen“ Geist befreit sei, hätte sie es bisher verweigert, in diesem Sinne noch außen hin aufzutreten. Die SPD hätte vielmehr eher als die Kommunisten überhaupt daran gedacht, bei der Reichsregierung die Durchführung des Volksentscheids zu verlangen. Die Kommunisten seien, wie immer, mit ihrer Aktion einmal zu spät gekommen.“ Das Geschrei über die „Dresdner Volkszeitung“ bedeutet in der Verbindung mit Hermann Fleißners Hege gegen die KPD, natürlich nichts anderes als eines jener bekannten Ablenkungsmanöver, um die Sabotageabsichten der rechten Führer zu verhehlen. Das wird der SPD, nichts näher liegen. Die Arbeiter wissen, wenn es ernst um die Sache ist, und wissen auch, was sie von den Fürstentümern der Landesregierungen zu erwarten haben.

Die reformistischen Gewerkschaftsinstanzen würden...

Die reformistischen Gewerkschaftsinstanzen würden ebenfalls nicht so völlig verständnislos dem „Unverstand“ der deutschen Kapitalistenklasse gegenüberstehen, hätten sie nicht nach Hermann Müllerschem Rezept „die alten Mannesfrüchte verbrannt“. Sie hätten aus diesen Manipulationen ersehen, daß der Unternehmer Vernunft gar nicht auf Entwertung der Wirtschaft und Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt gerichtet ist, sondern daß ihrer Weisheit letzter Schluss Profit und noch einmal Profit ist.

Ein Gemenemörder verhaftet

Das Verfahren gegen Euppe niedergefallen

Die „Voss. Zeitung“ berichtet heute morgen, daß es den Beamten der Berliner politischen Polizei gelungen ist, einen der in der letzten Gemenemörderbeschreibung gesuchten Gemenemörder zu verhaften. Wie der Polizeipräsident mitteilt, wurde am Sonntag im Forsthaus Eiche bei Wittenberg ein Sprengstoff, das dem Grafen Rodus Lynar gehört, der der Mittäterlichkeit im Mordfall Wilmis verdächtige Feldwebel der Schwarzen Reichswehr Peter Uthofer festgenommen. Wie die Ermittlungen bisher ergeben haben, ist der Aufenthalt des Gemenemörders im Forsthaus Eiche auf den Schwager des Grafen Lynar, den Oberst a. D. von Wolms-Mithenfels, zurückzuführen.

Reinholds Hoffnungen

Die Arbeiter wissen, wenn es ernst um die Sache ist...

Wie die „Vossische Zeitung“ heute morgen meldet, hat der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sich während seines geistigen Aufenthaltes in Dresden zu dem Korrespondenten der „Neuen Vossischen Zeitung“ über die zu erwartende Rückwirkung seiner Steuerpolitik auf die Kapitalisten und die allgemeine Wirtschaftslage und auf die Finanzen der Länder und Gewerkschaften geäußert. Reinhold hofft, daß die Rückwirkungen seines Finanzprogrammes eine Anturdelung der gesamten Wirtschaft im Gefolge haben werde, die auch den Ländern und Gemeinden zugute kommen würde.

Diese Arbeiteraristokratie ist aber gar nichts spezifisch Amerikanisches...

Diese Arbeiteraristokratie ist aber gar nichts spezifisch Amerikanisches. Würden die deutschen Gewerkschaftsführer in der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung zwölf, fünfzehn Jahre zurückblättern, so würden sie finden, daß es solche Arbeiteraristokratien in allen industriellen kapitalistischen Staaten gab. So waren die höheren Löhne der Arbeiteraristokratie für das Unternehmertum eine glänzende Kapitalanlage: sie führten zu einer Droffnung des Klassenkampfes, sicherten den Profit und erlaubten eine um so schärfere Ausbeutung der breiten Arbeitermassen. Vor dem Kriege konnte die europäische Bourgeoisie die erhöhte Lebenshaltung der privilegierten Arbeiteraristokratie leicht bezahlen, weil ihr die Tribute aus den Kolonien und ausländischen Kapitalanlagen zufließen. Die Ausplünderung der Kolonialvölker war dabei eine ebenso ergiebige Quelle von Extraprofiten, wie die einströmenden Anlagen im kapitalistischen Ausland.

Briand vor dem Sturz

Der Stern des kapitalistischen Europa ist gefallen; für Amerika aber...

Paris, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung Briand blieb gestern bei der Abstimmung der Sozialisten trag verzweifeltsten Appells des Ministerpräsidenten an die Parteien mit 216 gegen 291 Stimmen in der Mehrheit. Das Kabinett steht vor dem Sturz.

Der Stern des kapitalistischen Europa ist gefallen; für Amerika aber, ist die Morgenröte des Imperialismus angebrochen. Es zeigt heute dieselben Verhältnisse wie die europäischen Industriezentren der Vorkriegszeit, nur in vielfach vergrößertem Maßstabe. Anstatt selber Geld zu leihen, strömt heute amerikanisches Kapital nach allen Ländern der Welt. „Sein Kolonialrecht ist die Erde.“ Es